

Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates (SRS/34/2014-2019) der Stadt Neustadt an der Orla
(öffentlicher Teil)

Datum, Uhrzeit: 01.02.2018, 19:00 Uhr bis 20:10 Uhr

Ort: Ratssaal des Rathauses der Stadt Neustadt an der Orla

TAGESORDNUNG:

Öffentlich:

1. Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)
2. Genehmigung der Niederschrift der 33. Sitzung des Stadtrates der Stadt Neustadt an der Orla vom 30.11.2017 (öffentlicher Teil)
3. Beschlussfassung zur Haushaltssatzung 2018 einschließlich Haushaltsplan 2018 und Anlagen
4. Beschlussfassung zum Finanzplan für die Jahre 2017 - 2021 mit dem dazugehörigen Investitionsprogramm
5. Beschlussfassung über die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens zum Antrag auf Vorbescheid für den Neubau eines Geschäftshauses mit Inhaberwohnung, Heinrichsruhe in 07806 Neustadt an der Orla
6. Beschlussfassung über den Beitritt in die internationale Nichtregierungsorganisation "Mayors for peace"
7. Anfragen der Fraktionen und Stadträte
8. Bürgeranfragen

Anwesenheit:

Stadtratsvorsitzender

1. Herr Carsten Sachse

Stadratsmitglieder

2. Herr Siegfried Eismann
3. Herr Prof. Dr. Werner Greiling
4. Herr Thomas Hofmann
5. Frau Gabriele Kühn
6. Herr André Lindig
7. Herr Ralf Löscher
8. Frau Leila Martin
9. Herr Kay Patzer
10. Herr Udo Patzer
11. Herr Uwe Pfannenschmidt
12. Herr Dr. Dieter Rebelein
13. Herr Udo Schedlinski
14. Herr René Schilling
15. Herr Karl-Heinz Stolze
16. Herr Ralf Weiße
17. Herr Danny Will
18. Herr Ulrich Wissing

Verwaltung

Herr Jörg Launer
Frau Angelika Peißker
Herr Ronny Schwalbe
Herr René Völkner

Schriftführerin

Frau Simone Schmidt

entschuldigt

Herr Arthur Hoffmann – Bürgermeister (krank)
Frau Barbara Hofmann – Stadtratsmitglied (krank)
Frau Heike Jansen-Schleicher – Amtsleiterin Hauptamt (Urlaub)
Frau Dana Oertel – Stadtratsmitglied (krank)
Herr Jens Schleif – Ortsteilbürgermeister Breitenhain-Strößwitz (krank)

nur im öffentlichen Teil anwesend:

von der Stadtwerke Neustadt (Orla) GmbH/Dienstleistungsgesellschaft mbH:
Frau Abendschein

von der WohnRing AG: Herr Henschel, Frau Kaschnik

19 Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Neustadt an der Orla und Ortsteile
4 Bürger

Von der Presse ist Frau Sandra Hoffmann (Ostthüringer Zeitung) anwesend.

Der Stadtratsvorsitzende eröffnet die 34. Sitzung des Stadtrates und stellt fest, dass sämtliche Mitglieder des Stadtrates ordnungsgemäß geladen worden sind.

Von 21 Mitgliedern des Stadtrates sind 18 Stadtratsmitglieder anwesend. Drei Stadtratsmitglieder und der Bürgermeister fehlen.

Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

TOP 1: Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

Herr Sachse beantragt die Aufnahme der Beschlussvorlage Nr. 606/2014-2019

"Beschlussfassung über die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens zum Bauantrag auf Anbringung von drei Werbetafeln an der Fassade des Eckgebäudes August-Bebel-Straße 30/Mühlstraße 15 in 07806 Neustadt an der Orla"

aufgrund von Dringlichkeit, welche er damit begründet, dass die Abgabe der Stellungnahme verfristen würde. Außerdem ging der Antrag erst nach Bekanntmachung der Tagesordnung ein.

Dringlichkeit

Die Stadträte beschließen die Dringlichkeit der Beschlussvorlage und Aufnahme in die heutige Tagesordnung als Tagesordnungspunkt 6.

Abstimmung: 18 Ja-Stimmen (einstimmig)

Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

**Die Mitglieder des Stadtrates bestätigen die geänderte öffentliche Tagesordnung der 34. Sitzung des Stadtrates der Stadt Neustadt an der Orla.
Abstimmung: 18 Ja-Stimmen (einstimmig)**

TOP 2: Genehmigung der Niederschrift der 33. Sitzung des Stadtrates der Stadt Neustadt an der Orla vom 30.11.2017 (öffentlicher Teil)

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der 33. Sitzung des Stadtrates vom 30.11.2017 konnte im Gremieninformationssystem eingesehen werden.

Seitens der Stadträte und Amtsleiter erfolgen **keine** Änderungsvorschläge.

Beschluss Nr.: SRS/438/34/18

**Der Stadtrat genehmigt die Niederschrift aus der 33. Sitzung des Stadtrates der Stadt Neustadt an der Orla vom 30.11.2017 (öffentlicher Teil).
Abstimmung: 17 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen, 1 Enthaltung**

TOP 3: Beschlussfassung zur Haushaltssatzung 2018 einschließlich Haushaltsplan 2018 und Anlagen

Vorlage Nr. 603/2014-2019

Der 1. Beigeordnete Herr Weiße gibt folgende Informationen zur vorliegenden Haushaltssatzung für das Jahr 2018

"Sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, sehr geehrte Gäste, die Aufstellung des Haushaltsplanes für das Jahr 2018 war analog der vorangegangenen Jahre in mehreren Sitzungen des Finanz- und Liegenschaftsausschusses und in einer Klausurtagung mit allen Stadträten Beratungsschwerpunkt. Im Ergebnis kann heute ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden.

Ausgangspunkt für die Planung 2018 soll die Einwohnerzahl zum Stichtag 31.12.2016 mit 8.158 Einwohnern sein. Damit haben wir 79 Einwohner weniger im Vergleich zum Vorjahr. Die Stadt Neustadt ist erfüllende Gemeinde für die Gemeinden Kosпода, Linda bei Neustadt an der Orla und Stanau mit insgesamt 882 Einwohnern. Zur Gemeindegebietsreform in Thüringen wurde das Vorschaltgesetz vom 2. Juli 2016 vom Thüringer Verfassungsgerichtshof für nichtig erklärt. Gespräche mit Bürgermeistern und Gemeinderäten umliegender Gemeinden werden fortgeführt. Da sich aber noch keine konkrete Eingliederung einer Gemeinde ergeben hat, sind im Haushalts- und Finanzplan keine Auswirkungen enthalten.

Gesamthaushalt

Das Haushaltsvolumen für 2018 umfasst 16.403.800 €, davon sind 11.166.500 € Verwaltungshaushalt und 5.237.300 € Vermögenshaushalt. Damit ist das Gesamtbudget um 696.600 € höher als im Vorjahr. Die Haushaltssatzung beinhaltet keine genehmigungspflichtigen Bestandteile; es sind keine Neuaufnahme von Krediten und Festsetzung von Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt vorgesehen. Mit der Haushaltssatzung 2018 gibt es keine Steuererhöhungen, d. h. für die Grund- und Gewerbesteuern bleiben die Hebesätze von 395 v. H. unverändert.

Verwaltungshaushalt

*Die **Einnahmen** aus Grundsteuern sind für das Jahr 2018 mit 894.000 € veranschlagt, dies sind 6.000 € mehr zum Vorjahr. Der Ansatz für Gewerbesteuereinnahmen wurde mit 4.700.000 € nicht verändert. Auch zukünftig ist eine genaue Einschätzung der Entwicklung dieser Einnahmeposition nicht möglich, da die Festsetzungen von den zuständigen Finanzämtern erfolgen. Einnahmen aus anderen Steuern sind die Vergnügungssteuer mit 34.000 € und die Hundesteuer mit 23.500 €. Eine bedeutende Einnahmeposition*

ist der Anteil an der Einkommensteuer mit 1.773.500 €. Planungsgrundlagen sind die Steuerschätzung November 2017 und die neue Schlüsselzahl. Im Jahr 2017 wurden rund 1.691.100 € eingenommen. Weiterhin wird die Stadt am Umsatzsteueraufkommen des Bundes beteiligt; der Planansatz 2018 wurde mit 623.000 € berechnet. Insgesamt liegt eine positive Entwicklung der Beteiligung an der Einkommen- und Umsatzsteuer vor.

Auf der Grundlage des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes werden für die Gemeinden Schlüsselzuweisungen und ein Mehrbelastungsausgleich für die Wahrnehmung übertragener staatlicher Aufgaben festgesetzt. 2017 betragen diese Zuweisungen insgesamt rund 895.388 €. Für 2018 wurden 1.040.700 € auf der Grundlage einer vorläufigen Modellrechnung geplant. Die Einnahmen aus Gebühren und ähnlichen Entgelten, Verkauf, Mieten, Pachten und sonstigen Verwaltungs- und Betriebseinnahmen betragen insgesamt 515.900 € und haben sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig verbessert. Auf der Grundlage des Thüringer Familienförderungsgesetzes wurden Zuweisungen vom Land für Kindertageseinrichtungen mit 750.000 € in den Haushalt eingestellt.

Unter den sonstigen Finanzeinnahmen mit insgesamt 282.100 € sind die Konzessionsabgaben der Energie- und Gasversorgung, die Dividende aus den KEBT-Aktien sowie Bußgelder, Zinsen, Säumniszuschläge und ähnliche geplant.

Ausgaben

Die Personalausgaben sind mit 2.473.100 € veranschlagt. Gegenüber 2017 sind diese Kosten um 79.000 € gestiegen. Der sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand beträgt 1.953.400 €. Hierzu zählen insbesondere die

- laufende Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen und des sonstigen unbeweglichen Vermögens einschließlich Bewirtschaftung mit 705.900 € sowie
- weitere Verwaltungs- und Betriebsausgaben mit 591.800 €.

Unter anderem sind für den Unterhalt der Gemeindestraßen und Nebenanlagen 173.800 €, die Straßenreinigung einschließlich Winterdienst 115.000 € und die Straßenbeleuchtung 170.000 € eingestellt. Die Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse wurden mit insgesamt 2.608.600 € veranschlagt. Davon sind für Zahlungen an die Träger der vier Kindereinrichtungen 2.550.000 € vorgesehen. Der Zuschussbedarf für die Betreuung der Kinder in verschiedenen Einrichtungen ist von 901.728 € im Jahr 2016 auf 1.004.541 € im Jahr 2017 gestiegen; der geplante Zuschuss in 2018 beträgt 1.476.600 €.

Für die Förderung von Sport, Kultur und Jugend sowie der Wohlfahrtsverbände sollen zur Unterstützung der Vereinsarbeit wieder finanzielle Mittel mit rund 45.000 € zur Verfügung gestellt werden. Eine wesentliche Ausgabeposition ist die Kreisumlage mit ca. 426 €/Einwohner.

Zu den übrigen Ausgaben zählen die Gewerbesteuerumlage und die Zinsausgaben für bestehende Darlehen. Durch außerordentliche Tilgungen und Konditionsänderungen in Vorjahren konnten diese Ausgaben reduziert werden. Für das Jahr 2018 kann eine Zuführung an den Vermögenshaushalt mit 187.900 € geplant werden; dieser Betrag liegt mit 23.600 € über der Pflichtzuführung in Höhe der ordentlichen Tilgung.

Vermögenshaushalt

Einnahmen

Die wichtigsten Finanzierungsmittel des Vermögenshaushaltes sind Fördermittel vom Land mit 2.512.700 €. Hier werden unter anderem Zuschüsse für Maßnahmen der Stadtsanierung, der Dorferneuerung in Breitenhain-Strößwitz und Moderwitz, des Kommunalen Straßenbaus in Arnshaugk, des Brandschutzes und öffentlichen Personennahverkehrs sowie für den Hochwasserschutz erwartet. Weitere Einnahmen sind u. a. aus der Veräußerung von Grundstücken und sonstigem Anlagevermögen mit 304.200 € veranschlagt. Die finanzielle Absicherung der in 2018 geplanten Investitionsvorhaben ist nur mit einer Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage in Höhe von 1.078.100 € möglich.

Ausgaben

Ausgabeseitig sind im Vermögenshaushalt für den Erwerb von Vermögen 702.000 € vorgesehen. Damit sollen Grundstücke gekauft und Ausstattungsgegenstände u. a. für die Freiwillige Feuerwehr erworben werden.

Für Baumaßnahmen sind insgesamt 3.240.900 € geplant. Schwerpunkte bilden folgende Vorhaben:

- *Stadtsanierung mit 1.373.400 €*
- *Weiterführung des Umbaus Kinderhort am Kirchplatz mit 475.000 €*
- *Hochwasserschutzmaßnahmen und Schadenbeseitigung an fließenden Gewässern mit 353.700 €*
- *Straßenbaumaßnahmen, d. h. Oberflächenbehandlungen und Ersatzneubau der Stützmauer in Arns-
haugk mit 238.300 €*
- *Gestaltung Spielplatz und Dorfplatz in Strößwitz mit 185.000 €*
- *Bachverrohrung Moderwitzer Bach mit 190.000 €.*

Weitere finanzielle Mittel sind u. a. für die Fortführung der Generalsanierung des Parkdecks und der energetischen Sanierung der Straßenbeleuchtung, für die Planung der Bachverrohrung in Breitenhain und für den Umbau einer Bushaltestelle in der Hugo-Hartung-Straße eingestellt.

Die investiven Zuschüsse an übrige Bereiche mit 86.800 € betreffen die Kindereinrichtungen und sollen durch den Einsatz der Infrastrukturpauschale und beantragter Landeszuwendungen gewährt werden. Hierzu werden noch die zuständigen Ausschüsse beraten.

Die Ausgaben für die Tilgung von Krediten in Höhe von 1.184.600 € umfassen die ordentliche Tilgung mit 164.300 € und die Umschuldung eines Darlehens mit Ende der Zinsbindung über 1.020.300 €. Die Kreditmarktverschuldung wird von ca. 1.793.200 € am Jahresende 2017 auf ca. 1.614.000 € am Jahresende 2018 sinken. Die Pro-Kopf-Verschuldung betrug 2016 rund 239 € und ist in 2017 auf rund 220 € gesunken. In 2018 wird sich eine Pro-Kopf-Verschuldung von ca. 198 € zum Jahresende ergeben.

Allgemeines

Aus den beigefügten Lageberichten 2016 und Wirtschaftsplänen 2018 der WohnRing AG und der Dienstleistungsgesellschaft mbH sind die Entwicklungen beider Unternehmen ersichtlich. Außerordentliche finanzielle Belastungen für die Stadt bestanden in den Vorjahren nicht; in den Haushalt 2018 mussten keine Verlustausgleiche, Sonderzahlungen o. ä. eingeordnet werden.

Auf Grund der stabilen Kassenlage in 2017 konnten Tagesgeldanlagen getätigt werden. Eine Inanspruchnahme von Kassenkrediten war bis zum 31. Dezember nicht erforderlich.

Die Allgemeine Rücklage betrug zu Beginn des Jahres 2017 ca. 3.305.900 € (einschließlich 214.665 € für den Ortsteil Breitenhain-Strößwitz und 6.920 € Landesmittel aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz). Die Pflichtrücklage zur Sicherung der rechtzeitigen Leistung von Ausgaben beläuft sich auf 217.600 €. Rücklagenzuführungen werden in den Jahren 2019 bis 2021 nach dem vorliegenden Finanzplan nicht erwartet. Die positiven Jahresabschlüsse der Vorjahre haben es ermöglicht, dass Eigenmittel für die Beantragung von Fördermitteln in den verschiedensten Programmen zur Verfügung stehen und Schulden abgebaut werden können.

Aus dem Finanzplan ist ersichtlich, dass sich in den Jahren 2019 bis 2021 die mögliche Zuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt trotz weiterhin guter Entwicklung der eigenen Steuerkraft und Ausgabenreduzierungen verringern wird. Wesentlichen Einfluss haben aber die Auswirkungen des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes und die Entwicklung der Kreisumlage. Aus heutiger Sicht sind investive Maßnahmen auch zukünftig vornehmlich nur mit Fördermitteln und dem Einsatz der Allgemeinen Rücklage finanzierbar."

Nachfolgend werden folgende Stellungnahmen abgegeben:

Herr Dr. Rebelein, Fraktion DIE LINKE:

"Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Fraktion wird dem Haushaltsplan die Zustimmung geben, um wieder im vollen Umfang wichtige Vorhaben umsetzen zu können und da das Zahlenwerk umfangreich diskutiert werden konnte, z. B. in der Klausur. Vielen Dank deshalb an alle, die daran mitgewirkt haben. Nicht nur die Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushaltes und Vermögenshaushaltes sind ausgeglichen, sondern für die kommenden Jahre kann auch von einer dauernden Leistungsfähigkeit, zumindest finanziell, ausgegangen werden. Die ersten Entwürfe des Haushaltsplanes standen noch auf unsicheren Füßen, weil die Bemessungsgrundlagen für Zuschüsse und Zuweisungen, z. B. Schlüsselzuweisungen oder Investitionszuschüsse, noch nicht endgültig waren und ebenso neue gesetzliche Grundlagen, z. B. zur Kindergartenfinanzierung, eingearbeitet werden mussten. Unsere Kämmerin konnte uns auch während der Plandiskussion erfreut mitteilen, dass der Jahresabschluss für das Jahr 2017 positiv sein wird. Das bedeutet, für 2017 musste kein Griff in die Rücklagen – unser städtisches Sparbuch – gemacht werden. Für das Planjahr 2018 sieht es aber etwas anders aus. Wir planen dort eine Entnahme von rund 1,1 Mio. EUR und hoffen, dass wir in dieser Höhe nicht in das Sparbuch eingreifen müssen.

Der Verwaltungshaushalt wächst gegenüber dem Vorjahr um ca. 250.000 EUR, aber der Vermögenshaushalt verringert sich etwa um 1,5 Mio. EUR, das hat insbesondere Gründe mit der Tilgung von Krediten. Zum Jahresende 2017 wurden durch die Landesregierung Thüringens die Mittel für Schlüsselzuweisungen um 136.000 EUR und für Investpauschalen Dank der guten Steuereinnahmen für die Kommunen erhöht. Die Mittel für das beitragsfreie Kindergartenjahr ab 2018 gleicht das Land ebenfalls aus.

Die gestiegene Wirtschaftskraft unserer Stadt zeigt sich an wichtigen Zahlen. Beispielsweise steigt der Anteil an der Einkommenssteuer um ca. 150.000 EUR und ebenso der Anteil an der Mehrwertsteuer um ca. 150.000 EUR, was natürlich die Einnahmen der Stadt hier erheblich begünstigt. Aber die Einnahmen aus den Gewerbesteuern, unsere wichtigste eigene Einnahmequelle, der Neustädter Unternehmen wird voraussichtlich in 2018 nicht höher als in 2017. Und das, obwohl die Konjunktur in Deutschland so gut wie nie sein soll. Aber die Kreisumlage an den Saale-Orla-Kreis wird niedriger, d. h. andere Städte und Gemeinden sind stärker und wir profitieren davon. Natürlich war die Liste der gewünschten Ausgaben in den Ämtern der Stadt ein ganzes Stückchen höher, als sie sich jetzt im Haushaltsplan widerspiegeln.

Im Personalbereich stehen erhebliche Veränderungen an, allein das Thema Bürgermeister sei hier genannt, Ausbildung für Lehrlinge soll fortgesetzt werden, was wir als sehr positiv einschätzen. Trotzdem ist nach unserer Meinung die Erhöhung um 2,35 VbE bei sinkender Bevölkerungszahl in unserer Stadt nachdenkenswert. Ebenso glauben wir, die Personalausstattung der Stadtbibliothek mit mittlerweile nur noch 1,75 VbE sollte geändert werden, wenn wir das neue Bibliothekskonzept wirklich umsetzen wollen.

Für die Unterhaltung der städtischen Grundstücke und baulichen Anlagen sowie Anschaffung und Unterhaltung von Fahrzeugen und Technik wurde mehr Geld bereitgestellt als im Vorjahr, was dringend notwendig ist. Unverständlich ist der ständige Anstieg der Ausgaben für Straßenbeleuchtung trotz Modernisierung der Anlagen und energetischer Sanierung. Da ist irgendetwas noch nicht ganz geklärt. Ebenso ist in diesem Bereich der Ausgaben der Stadt im Verwaltungshaushalt eine aussagefähige Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben für das Lutherhaus oder auch den AugustinerSaal dem Stadtrat vorzulegen. Wir sind froh, dass wir keine neuen Kredite aufnehmen müssen, denn die freie Finanzspitze lässt das gegenwärtig nicht zu, auch für die Dauer der Vorausschau für die kommenden Jahre. Dafür wird wegen der günstigen Zinssätze ein Kredit nicht getilgt, sondern umgeschuldet. Das findet unsere Zustimmung.

Der Vermögenshaushalt zeigt zum größten Teil Baumaßnahmen und weniger Anschaffungen an neuer Technik. Berücksichtigt sind dabei ebenfalls alle Ortsteile. Wir hoffen nun, dass vieles davon umgesetzt werden kann und die Kosten jeweils im Rahmen bleiben. Auch kleine Vorhaben, wie z. B. die Beleuchtung des Fußweges zwischen der Talstraße und der Schleizer Straße in Moderwitz sind im Plan und sollten auch tatsächlich erfüllt werden können.

Erkennbar im Vermögenshaushalt ist für uns die weitere bauliche Gestaltung der Innenstadt sowie der Gewässersanierung und natürlich der endgültigen Fertigstellung des Schulhortes am Kirchplatz. Noch nicht erkennbar für uns sind Auswirkungen auf den Haushalt und die Entwicklung der Stadt nach dem Entwurf des neuen Flächennutzungsplanes. Dazu denken wir, wird sicher noch mehrmals beraten werden müssen, auch unter dem Gesichtspunkt Ansiedlungsmöglichkeiten für weitere Unternehmen zu schaffen und damit die Möglichkeiten für Einnahmen aus der Gewerbesteuer zu verbessern.

Ein Wort zum Thema Straßenausbaubeiträge zum Schluss, weil auch sie für unsere Finanzierungen ein Stück beitragen. Am 18. Januar hat die bayrische CSU ganz offiziell in den Zeitungen mitgeteilt, dass in Bayern keine Straßenausbaubeiträge mehr erhoben werden sollen. Das soll auch für uns Anlass sein, über Änderungen nachzudenken, denn wir können uns gut vorstellen, dass die Landesregierung in Thüringen diese Entscheidung für Bayern ebenfalls gelesen hat.

Wir wünschen uns ein erfolgreiches Umsetzen der Vorhaben des Planes für das Jahr 2018."

Udo Schedlinski, Fraktion BfN:

"Sehr geehrte Damen und Herren, wir befinden heute über den finanziellen Rahmen unseres Handelns im Jahre 2018 und mit Bestätigung des Finanzplanes für die Jahre 2017 – 2021 auch das dazugehörige Investitionsprogramm für diese Jahre. In einer Klausur und Beratungen innerhalb der Fraktionen wurde im Ergebnis dieses Dokument erarbeitet. Wir haben damit den Rahmen und die Möglichkeiten, das eigene Lebensumfeld in den verschiedenen Handlungsfeldern der Kommunalpolitik zu gestalten. Der Haushalt ist in den Einnahmen und Ausgaben sowohl im Verwaltungshaushalt als auch im Vermögenshaushalt ausgeglichen. Mit ca. 670.000 EUR ist er im Gesamtvolumen höher als der des Jahres 2017. Die Endabrechnung 2017 ist noch offen, wahrscheinlich mit positivem Ausgang. Über markante Zahlen und daraus sich ableitende Maßnahmen hat Herr Weiße bereits Ausführungen getätigt. Ich möchte daher auf keine weiteren Zahlen eingehen. Der Haushaltsplan 2018 einschließlich seiner gesamten Teile bzw. Anlagen ist jedem Interessierten öffentlich zugänglich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dieser zeitigen Aufstellung und dem heutigen Beschluss des Haushaltsplanes 2018 in seiner Ausgewogenheit sind wir eine derjenigen Städte, die autark handeln können. Jede vierte Stadt in Thüringen steht unter verschärfter Haushaltsaufsicht! Das sind 237 von 850 Gemeinden. Wir brauchen für 2018 wie auch 2017 kein Haushaltssicherungskonzept. Das muss man an dieser Stelle einmal der Einwohnerschaft zur Kenntnis geben: wir brauchen uns nicht in unserer Arbeit unter den Scheffel stellen. Das entbindet uns aber nicht, stets die Erzielung eigener Einnahmen im Auge zu behalten und eine Reduzierung des laufenden Aufwandes zu gestalten. Wenn im Vorbericht zum Haushaltsplan steht, dass Investitionen nur mit Hilfe von Fördermitteln und Entnahmen aus der Rücklage getätigt werden können, dann läuten eigentlich alle Alarmglocken. Wir werden am Ende des Jahres 2018 in der Rücklage nur noch einen Bestand von 1 Mio. EUR haben. Ob es dazu kommt, werden wir am Jahresende sehen. Die Vorjahre sind am Ende immer besser ausgegangen.

Unsere größten Einnahmen erzielen wir aus den Gewerbesteuereinnahmen. Das ist der bedeutendste Teil der städtischen Einnahmen. Sie werden wie 2017 ca. 4,7 Mio. EUR betragen. Diese Zahl verpflichtet uns, besonders "liebervoll" mit unseren Unternehmen in der Stadt umzugehen. Die Stadt muss für Unternehmen attraktiv bleiben. Damit bleiben auch Arbeitsplätze in der Stadt erhalten. Neue mögliche Gewerbeflächen, Schaffen von Infrastruktur, der feinfühlig Umgang mit Hebesätzen steht dabei auf der Tagesordnung. Fallen diese Einnahmen durch Geschäftsaufgaben z. B. fort, kommt die Stadt in große Schwierigkeiten. Deshalb Verbindungen zu den Unternehmen halten, den Flächennutzungsplan als Voraussetzung für Bebauungen zu Ende bringen und als Planungsgrundlage nutzen.

Meine Damen und Herren, die Stadt nimmt sich vor, 2018 Baumaßnahmen in Höhe von 3,24 Mio. EUR zu realisieren. Das ist eine ordentliche Summe und braucht sich im Vergleich zu unserer größeren Nachbarstadt nicht verstecken. Wir sollten nun aber endlich die immer vor uns hergeschobenen Maßnahmen, ich denke dabei z. B. an den Ortsteil Moderwitz (Bachverrohrung), nunmehr realisieren.

Investitionen sind Investitionen in die Zukunft einer Stadt. Sie tragen wesentlich zur Attraktivität einer Stadt und dem Bleiben von Einwohnern bei. Ich sage dies mit großer Sorge um die Entwicklung unserer Einwohnerzahl. Wir werden vielleicht schon im Jahre 2019 unter die 8.000 Einwohner fallen. Neustadt mit seiner Umgehungsstraße, hervorragender Einkaufsmöglichkeiten, einem hohen kulturellen Angebot, weit über unsere Stadtgrenzen hinaus bekannt, einem starken Vereinswesen und vielfältigen Sportmöglichkeiten – und trotzdem verlassen uns die Menschen. Diese Tatsache sollten wir auf unsere Tagesordnung nehmen!

Zum Glück haben wir noch einen finanziellen Spielraum für freiwillige Leistungen. Das können sich nur wenige Städte noch leisten.

Meine Damen und Herren, die Fraktion des BfN wird der Haushaltssatzung einschließlich Haushaltsplan 2018 mit seinen Anlagen sowie dem Finanzplan für die Jahre 2017 – 2021 einschließlich Investitionsprogramm zustimmen."

Herr Löscher, Fraktion SPD:

"Sehr geehrte Damen und Herren, der ausgeglichene Haushalt der Stadt liegt uns nun vor. In vier Finanzausschusssitzungen wurden Vorschläge der Fraktionen und der Verwaltung beraten und so gut es ging eingearbeitet. Inhaltlich wurden in so gut wie allen Haushaltsstellen durch Einsparungen die Ausgaben reduziert, um so diese Anregungen unterzubringen. Auch die Entwicklung in den Ausschüssen zeigt, dass akribischer Vorhaben geprüft werden und Folgekosten endlich ein entscheidendes Kriterium für Ausgaben sind. Das muss weiter so beibehalten werden. Für alle sozialen Belange wurden im vergangenen Jahr neue Richtlinien für sämtliche Förderungen in der Stadt neu konzipiert und verabschiedet. Hoheitliche Aufgaben werden pflichtbewusst erfüllt oder gewissenhaft übertragen. Ein Spielraum für Eventualitäten wurde knapp einkalkuliert.

Die SPD-Fraktion wird dem Haushalt in dieser Form zustimmen. Wir wiederholen uns ungern, doch steht die Forderung aus dem letzten Jahr weiterhin im Raum. Unserer Meinung nach besteht mittelfristig Handlungsbedarf, um unsere Selbstbestimmung nicht zu verlieren. Die Einnahmen werden weiter sinken. Es wird darauf hinauslaufen, weiter alles aus eigener Kraft zu schaffen. Dafür müssen neue Wege zur Einnahmenerschließung gegangen werden, aber sollten wir auch ohne Angst Neustadt mit seinen Alleinstellungsmerkmalen voranbringen, eine sozial wie gewerblich lebenswerte Stadt bleiben. Die Vorteile liegen auf der Hand. In den folgenden Jahren stehen wenige große Aufgaben auf dem Plan. Dies sollten wir nutzen, um einerseits den Haushalt wieder mit laufenden Einnahmen auszugleichen und die Ausgaben mittel- und langfristig zu reduzieren. Hier stehen sicherlich die Straßenbeleuchtung und der Energieverbrauch städtischer Einrichtungen weiterhin an oberster Stelle. In den heutigen Zeiten mit den verschiedenen Diskussionen über die Zukunft der Energie sollten wir uns nicht heraushalten, aber vielleicht endlich mal einen Weg einschlagen. In sämtlichen Finanzausschusssitzungen erleben wir eine einwandfrei geführte Buchführung. Sofortige Antworten auf Anfragen sind ein Anzeichen für eine ordentliche Kämmerei.

Apropos Kämmerei: Ein Stern wird am Ende des Jahres untergehen. Wir hoffen, er wird noch lange in seiner wohlverdienten Freizeit glühen, aber auch sein Licht weitergeben an die kommenden Sternbilder. Wir bedanken uns bei der Verwaltung, den zwei Beigeordneten und den Fraktionen für die gute Zusammenarbeit im Jahr 2017. Was bringt 2018? Wir werden sehen und reagieren, gemeinsam und entschlossen."

Herr Wissing, Fraktion CDU:

"Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Stadträte, die CDU-Fraktion wird dem Haushalt zustimmen. Betrachtet man den Zeitraum 2004 bis 2018 haben wir einen fast verdoppelten Verwaltungshaushalt bei einem fast konstanten Vermögenshaushalt. Das ist eine schlechte Entwicklung, d. h. es sind wenige Investitionen möglich. Die Gewerbesteuer, die nicht die Firmen erwirtschaften, sondern die Leute, die dort

arbeiten, ist in dem gleichen Zeitraum vervierfacht worden. Das ist schon eine erhebliche Zahl und wenn wir diese nicht hätten, dann wäre der Spielraum für Kultur etc. absolut nicht da. Und was man auch sagen muss, dass gleichzeitig die Schlüsselzuweisungen des Landes um 400 % gesunken sind, wenn man den Zeitraum von 2004 bis 2018 betrachtet. Gleichzeitig haben wir eine doppelte Kreisumlage, was keine zusätzlichen Investitionen zulässt, das macht Investitionen kaputt.

Wir haben immer mehr Kosten für die Kindergärten zu tragen - wir wollen gern etwas für Kinder tun - aber das Land schreibt sich die Kindergärten auf die Fahnen und es ist auch eine Landessache und wir als Kommune müssen die Kosten tragen. Die Stadt erhält zwar Zuweisungen, welche jedoch nicht annähernd die Kosten der Kommune für die Kindergärten decken."

Herr Stolze, UBV:

"Sehr geehrte Damen und Herren, wir stimmen heute über den Haushalt 2018 ab. Es ist gelungen, trotz weiter steigender Unterhaltungs- und Bewirtschaftungsaufwendungen der Grundstücke und baulichen Anlagen sowie steigender Kosten zum Betreiben der Straßenbeleuchtung einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Erfreulich ist, dass mehr Mittel für die Instandhaltung von Straßenflächen bereitgestellt werden.

Die Finanzaufweisungen vom Land erhöhen sich um 131.800 €, die Beteiligung der Stadt an der Einkommensteuer um 153.700 € und an der Umsatzsteuer um 148.700 €. Trotzdem sind wir nach wie vor gehalten, über die Ausgaben sehr maßvoll, überlegt, ja und auch mutig zu entscheiden. Damit meine ich, dass wir dringend den laufenden Aufwand reduzieren und bei der Investitionstätigkeit mehr Wert auf Nachhaltigkeit legen sollten. Dabei hat der Stadtrat bereits in seiner Sitzung am 11.06.2013 einstimmig die Weichen für mehr Nachhaltigkeit gestellt. Er hat den Bürgermeister beauftragt, die Einsatzmöglichkeit erneuerbarer Energieformen für städtische Gebäude und Einrichtungen zu prüfen. Wenn man bedenkt, dass allein für den Stromverbrauch der Straßenbeleuchtung in diesen Haushalt 150.000 € eingestellt wurden, im Jahr 2016 waren es noch 100.000 €, die sogar noch deutlich überschritten wurden, wären Investitionen für den schrittweisen Einsatz erneuerbarer Energien gut angelegtes Geld. Leider ist diesbezüglich immer noch nichts passiert.

Es ist natürlich auch geboten und möglich, an die Entlastung der Bürger zu denken. Aufgrund der geänderten Gesetzeslage können seit letztem Jahr Straßenausbaubeiträge in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Situation der Kommune erheblich reduziert und ab 2019 gänzlich abgeschafft werden. Über meinen entsprechenden Antrag vom September letzten Jahres wurde noch nicht entschieden. Die Abschaffung wäre für Neustadt die wirtschaftlichste Variante. Geplant sind in diesem Jahr Einnahmen aus Straßenausbaubeiträgen in Höhe von 32.700 €. Das entspricht weniger als einem Prozent des Vermögenshaushaltes.

Gleichzeitig ist die Wiederbesetzung einer Stelle im Bauamt mit der Entgeltgruppe 9 geplant. Stattdessen sollte die Stelle im Bauamt, die die Straßenausbaubeiträge erhebt und bearbeitet, entfallen. Dieser Stelle können andere Aufgaben des Bauamtes übertragen werden. Damit erübrigt sich die Wiederbesetzung der nach dem 28.02.2018 wegfallenden Altersteilzeit-Stelle. Der Nutzen an eingesparten Personalkosten würde sehr vorsichtig gerechnet mindestens ca. 33.000 € pro Jahr betragen.

Und um der an dieser Stelle meist aufkommenden Gerechtigkeitsdiskussion entgegen zu treten: Es ist nicht gerecht, alle gleich schlecht zu behandeln, wenn sich neue Möglichkeiten eröffnen. Bei der Diskussion um Beitragserhöhungen kam nie eine Gerechtigkeitsdiskussion auf, weil zukünftige Beitragszahler durch höhere Beiträge schlechter gestellt werden sollten. Hier ließ man sich all zu leicht und widerstandslos von vermeintlichen äußeren Zwängen leiten. Aber man soll die Hoffnung auf positive Veränderungen nie aufgeben.

In der Überzeugung, dass dieser ausgeglichene Haushalt die Gestaltungsgrundlage für sparsamste Mittelverwendung und Bürgerentlastung bilden kann, stimme ich ihm zu."

Beschluss Nr.: SRS/439/34/18

Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage des § 57 der Thüringer Kommunalordnung die Haushaltssatzung der Stadt Neustadt an der Orla für das Haushaltsjahr 2018 samt ihrer Anlagen nach § 2 Absatz 2 Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung. Die Wirtschaftspläne 2018 und die Jahresabschlüsse 2016 der DLG mbH und der WohnRing AG als Unternehmen mit Beteiligungen der Stadt dienen dem Zweck, einen Überblick über die wirtschaftliche Tätigkeit der Stadt zu geben. Die Haushaltssatzung hat folgenden Wortlaut (siehe Anlage).

Abstimmung: 18 Ja-Stimmen (einstimmig)

TOP 4: Beschlussfassung zum Finanzplan für die Jahre 2017 - 2021 mit dem dazugehörigen Investitionsprogramm

Vorlage Nr. 604/2014-2019

Herr Sachse gibt Informationen zum Sachverhalt.

Beschluss Nr.: SRS/440/34/18

Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage des § 62 der Thüringer Kommunalordnung den Finanzplan für die Jahre 2017 – 2021 mit dem dazugehörigen Investitionsprogramm.

Abstimmung: 17 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen, 1 Enthaltung

TOP 5: Beschlussfassung über die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens zum Antrag auf Vorbescheid für den Neubau eines Geschäftshauses mit Inhaberwohnung, Heinrichsruhe in 07806 Neustadt an der Orla

Vorlage Nr. 602/2014-2019

Herr Launer informiert über den Sachverhalt anhand der vorliegenden Beschlussvorlage.

Herr Dr. Rebelein spricht an, dass sich der Bau- und Umweltausschuss in seiner letzten Sitzung vom 15.01.2018 entgegen des Verwaltungsvorschlages mit sechs Ja-Stimmen und einer Gegenstimme für die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens ausgesprochen habe. Er fragt an, ob der Bürgermeister einen eventuell positiv gefassten Beschluss des Stadtrates beanstanden wird. Herr Weiße verneint diese Anfrage, da der Stadtrat nur das gemeindliche Einvernehmen erteilt und das Bauordnungsamt letztendlich die Entscheidung trifft.

Beschluss Nr.: SRS/441/34/18

Der Stadtrat beschließt die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens zum Antrag auf Vorbescheid für den Neubau eines Geschäftshauses mit Inhaberwohnung, Heinrichsruhe, Gemarkung Molbitz, Flur 9, Flst.Nr. 1212 in 07806 Neustadt an der Orla.

Abstimmung: 15 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen, 3 Enthaltungen

TOP 6: Beschlussfassung über die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens zum Bauantrag auf Anbringung von drei Werbetafeln an der Fassade des Eckgebäudes August-Bebel-Straße 30/Mühlstraße 15 in 07806 Neustadt an der Orla

Vorlage Nr. 606/2014-2019 (Tischvorlage)

Herr Launer informiert anhand der vorliegenden Beschlussvorlage.

Beschluss Nr.: SRS/442/34/18

**Der Stadtrat beschließt die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens zur Anbringung von drei Werbetafeln an der Fassade des Eckgebäudes August-Bebel-Straße 30/Mühlstraße 15 Gemarkung Neustadt, Flur 1, Flst.Nr. 512 in 07806 Neustadt an der Orla.
Abstimmung: 18 Ja-Stimmen (einstimmig)**

TOP 7: Beschlussfassung über den Beitritt in die internationale Nichtregierungsorganisation "Mayors for peace"

Vorlage Nr. 600/2014-2019

Herr Sachse gibt Informationen zum Sachverhalt anhand der vorliegenden Beschlussvorlage.

Herr Hofmann spricht sich im Namen der Fraktion DIE LINKE ausdrücklich dafür aus, der Organisation beizutreten. Mit dem Beitritt könne die Verbreitung von Kernwaffen nicht verhindert werden, jedoch sollte die Stadt gemeinsam mit ca. 7.000 anderen Städten für ein Leben in Frieden eintreten. Aus der Aufstellung geht hervor, dass fast die Hälfte der Bevölkerung Thüringens mit ihren Städten Mitglied in dieser Organisation sind.

Beschluss Nr.: SRS/443/34/18

**Der Stadtrat beschließt den Beitritt des Bürgermeisters der Stadt Neustadt an der Orla in die internationale Nichtregierungsorganisation "Mayors for peace".
Abstimmung: 5 Ja-Stimmen, 9 Gegenstimmen, 4 Enthaltungen
Somit ist dieser Antrag abgelehnt.**

TOP 8: Anfragen der Fraktionen und Stadträte

Breitbandausbau

Auf Anfrage von Herrn Stolze informiert Herr Launer, dass seitens eines Dienstleisters das Ausbaupersprechen bestehe, bis Ende des Jahres sämtliche Haushalte mit einem Internetanschluss in der Übertragungsgeschwindigkeit von 50 Mbit auszustatten. Das Vorhaben wird durch eine Koordinierungsstelle des Landratsamtes Saale-Orla-Kreis betreut.

Artikel in der OTZ vom 01.02.2018

Auf die Anfrage von Herrn Schedlinski teilt Herr Völkner mit, dass keine Neueinstellung von zwei Außendienstmitarbeiterinnen im Ordnungsamt erfolgte.

Gebäude der Volkssolidarität "Am Gamsenteich"

Frau Kühn kritisiert, dass das mit Fördermitteln sanierte Gebäude der Volkssolidarität nach wie vor leer steht und die Stadt seit Jahren keine verbindliche Auskunft seitens der Volkssolidarität zur angedachten Nutzung erhält.

**☞ Der Geschäftsführer der Volkssolidarität soll bezüglich der Thematik befragt werden;
V: Hauptamt**

Waldstraße

Frau Kühn spricht den schlechten Zustand der Straße zur Abfallannahmestelle im Ortsteil Neunhofen an. Auf den Missstand wurde bereits in einer der letzten Sitzungen des Bau- und Umweltausschusses hingewiesen. Hier sollte eine Zwischenlösung für die Zeit, bis die Baumaßnahme an der B 281 beendet wird, gefunden werden.

Herr Sachse teilt mit, dass die Ausfahrt zur B 281 nach Abschluss der Baumaßnahme geschlossen werde und die Straße nur noch als Zufahrt für die anliegenden Gewerbebetriebe diene. Nach mehrmaliger Kritik durch den Bauamtsleiter und durch ihn als Ortsteilbürgermeister bei vergangenen Baubegehungen wurde eine provisorische Oberflächenabdeckung vorgenommen, welche jedoch durch stehendes Wasser immer wieder ausgespült wird.

Herr Launer informiert in diesem Zusammenhang über die derzeitigen Baumaßnahmen im Ortsteil Neunhofen (Ausbau Knoten Waldstraße/B 281, Anschluss an die zentrale Kläranlage). Momentan können nur durch "Notreparaturen" bestimmte Straßenmängel behoben werden.

Anfrage zu Kindertagesstätten

Herr Hofmann informiert, dass die Fraktion DIE LINKE eine schriftliche Anfrage bezüglich der Kindertagesstätten in Neustadt vorbereitet habe. Er bittet um schriftliche Beantwortung.

➔ V: Hauptamt

Fußweg Weltwitzer Bach

Herr Will bittet um Aufstellung von Papierkörben entlang des Fußweges am Weltwitzer Bach.

➔ V: Ordnungsamt

TOP 9: Bürgeranfragen

Danksagung

Herr Kaufmann, Stadtbrandinspektor, dankt im Namen der Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr Neustadt an der Orla und Ortsteile den Stadtratsmitgliedern für die Beschlussfassung des Haushaltes 2018. In den letzten fünf Jahren wurde die Einstellung eines Gerätewarts ermöglicht. Außerdem konnten mehrere neue, gebrauchte oder umgebaute Fahrzeuge übernommen werden. Er dankt insbesondere den Beigeordneten Herrn Weiße und Herrn Sachse für die sehr gute Zusammenarbeit.

Herr Sachse dankt den Kameradinnen und Kameraden für ihre ehrenamtliche Arbeit.

Breitbandausbau

Herr Stahl fragt zum Zeitplan für die Realisierung des Breitbandausbaus im Ortsteil Lichtenau an. Herr Sachse teilt mit, dass das Ausbaupersprechen des Anbieters gegenüber der Bundesnetzagentur sowie dem Landkreis geleistet wurde und nicht gegenüber der Stadt. Somit kann noch keine konkrete Auskunft zum Terminplan gegeben werden.

Der Stadtratsvorsitzende beendet den öffentlichen Teil der Sitzung gegen 20:10 Uhr. Nach einer kurzen Unterbrechung wird die Sitzung mit einem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

Sachse
Stadtratsvorsitzender

Schmidt
Schriftführerin

Verteiler:

Bürgermeister, Stadtratsmitglieder, Amtsleiter, OT-Bürgermeister, GF SWN und WohnRing AG, Büro des Stadtrates (z. d. A.)

Vor der Sitzung wurden an die Mitglieder des Stadtrates folgende Unterlagen verteilt:

Tischvorlage Nr. 606/2014-2019